

3.3 Haushalt und Finanzen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.09.2026
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

Text

7429 Wir stehen für eine Finanzpolitik, die Verlässlichkeit schafft und eine gute
7430 Zukunft ermöglicht. Solide Haushalte und Investitionen sind für uns kein
7431 Widerspruch – sie sind die Voraussetzung dafür, dass unser Land auch morgen
7432 handlungsfähig bleibt. Gerade angesichts großer Herausforderungen – vom
7433 Klimaschutz über die wirtschaftliche Transformation bis zur Stärkung unserer
7434 Sicherheit – braucht es eine Finanzpolitik, die klare Prioritäten setzt,
7435 langfristig denkt und dabei konsequent in die Zukunft investiert. Gleichzeitig
7436 bleibt die Haushaltslage in Schleswig-Holstein herausfordernd: Steigende
7437 Ausgaben, insbesondere bei Personal- und Baukosten, sowie die sozialen Folgen
7438 einer schwachen Konjunktur engen die finanziellen Spielräume weiter ein. Hinzu
7439 kommen steuerpolitische Entscheidungen der Bundesregierung, die Land und
7440 Kommunen hart treffen. Deshalb müssen wir weiterhin mit Augenmaß entscheiden,
7441 Prioritäten klar setzen und vorhandene Spielräume nachhaltig nutzen.

7442 Unser Anspruch ist klar: Wir gestalten die öffentlichen Finanzen so, dass sie
7443 Stabilität sichern, nachhaltige Investitionen ermöglichen und Gerechtigkeit
7444 schaffen – für heutige und kommende Generationen.

7445 Eine starke öffentliche Hand braucht zudem faire und verlässliche
7446 Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen – dafür setzen wir uns
7447 weiterhin ein. Daher muss das Konnexitätsprinzip auch zwischen Bund, Ländern und
7448 Kommunen konsequent angewendet werden: Wer Aufgaben überträgt, muss auch für
7449 ihre Finanzierung sorgen. Nur so können Länder und Kommunen ihre Verantwortung
7450 vor Ort erfüllen und gleichwertige Lebensverhältnisse sichern.
7451 Steuerentlastungen auf Bundesebene, die erhebliche Einnahmelücken für die Länder
7452 reißen, können wir uns ohne Kompensation oder Gegenfinanzierung nicht mehr
7453 leisten.

7454 Wir werden:

- 7455 1. im Landeshaushalt klare Prioritäten für Klimaschutz, Bildung und
7456 Infrastruktur setzen.
- 7457 2. konsequent gegen Steuerkriminalität und Geldwäsche vorgehen.
- 7458 3. Kommunen weiterhin verlässlich unterstützen.
- 7459 4. die nachhaltige Finanzanlagenstrategie des Landes konsequent
7460 weiterverfolgen.
- 7461 5. uns für eine Vermögenssteuer und für eine europäische Digitalsteuer
7462 einsetzen.

7463 3.3.1 GRÜNE Finanzpolitik: zukunftsorientiert, 7464 verantwortungsvoll und gerecht

7465 3.3.1.1 Zukunftsinvestitionen als nachhaltige Finanzpolitik

7466 Wir stehen für eine Finanzpolitik, die Verantwortung für morgen übernimmt.
7467 Deshalb setzen wir klare Prioritäten: Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz,
7468 Bildung und eine moderne Infrastruktur haben Vorrang. Sie sichern Wohlstand,
7469 stärken den Zusammenhalt und schützen unsere Lebensgrundlagen. Wer heute nicht
7470 investiert, zahlt morgen drauf – ökologisch wie ökonomisch. Deshalb verbinden
7471 wir solide Haushaltsführung mit der Entschlossenheit, gerade auch in
7472 Krisenzeiten konsequent zu investieren. Jeder Euro muss nachhaltig wirken: für
7473 eine klimaneutrale Wirtschaft, leistungsfähige öffentliche Einrichtungen und
7474 gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. So sichern wir die
7475 Handlungsfähigkeit des Staates und schaffen faire Chancen – für heutige und
7476 künftige Generationen. Außerdem prüfen wir die Einrichtung einer landesweiten
7477 Hochschulbaugesellschaft, um Aufgaben zu bündeln, Synergiepotenziale zu heben
7478 und den Sanierungsbedarf unserer Hochschulen zügig abzubauen.

7479 3.3.1.2 Nachhaltiges Finanzwesen und Beteiligungsmanagement

7480 Mit dem FINISH-Gesetz (Finanzanlagestrategie Nachhaltigkeit für Schleswig-
7481 Holstein) haben wir bundesweit Standards bei der nachhaltigen Anlage von
7482 Vermögen des Landes gesetzt. Auch die Landesunternehmen verfolgen eine
7483 nachhaltige Finanzanlagenstrategie, allen voran die Investitionsbank Schleswig-
7484 Holstein. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen.

7485 Wir haben wichtige Schritte hin zu mehr Parität erreicht – in Aufsichts- und
7486 Geschäftsführungsorganen von Landesunternehmen und Landesbeteiligungen sowie in
7487 Verwaltungsräten von Sparkassen –, auch wenn wir noch nicht überall am Ziel
7488 sind. Unser Anspruch ist klar: In diesen Gremien und auf Geschäftsführungsebenen
7489 sollen Frauen und Männer paritätisch vertreten sein. Diesen Weg gehen wir
7490 konsequent weiter und weiten die Regelungen auf Vorstände öffentlicher
7491 Sparkassen sowie auf Aufsichts- und Geschäftsführungsorgane öffentlicher
7492 kommunaler Unternehmen in Schleswig-Holstein aus. Darüber hinaus stärken wir die
7493 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Aufsichtsgremien und Top-
7494 Managementorganen der Unternehmen im Land insgesamt konsequent weiter. Wie sich
7495 die Lage entwickelt, lassen wir regelmäßig durch eine unabhängige externe Studie
7496 analysieren, die Landesunternehmen, ausgewählte kommunale Unternehmen sowie die
7497 größten privaten Unternehmen in Schleswig-Holstein einbezieht. Wir
7498 veröffentlichen die Ergebnisse und nutzen sie, um Fortschritte zu überprüfen
7499 und, soweit möglich, nachzusteuern. So machen wir Fortschritte sichtbar und
7500 geben wichtige Impulse für mehr Parität im Land.

7501 3.3.1.3 Kommunale Finanzen

7502 Lebendige Demokratie beginnt vor Ort. Ob Feuerwehr, Sporthalle, Radweg, Kita
7503 oder Dorfgemeinschaftshaus – die kommunale Daseinsvorsorge bildet das Fundament
7504 eines funktionierenden Gemeinwesens. Wir GRÜNE verstehen das Land Schleswig-
7505 Holstein als verlässlichen Partner seiner Städte, Gemeinden und Kreise – nicht

7506 als Ebene, die Aufgaben nach unten weiterreicht. Die kommunalen Haushalte stehen
7507 bundesweit unter Druck. Die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen betrifft
7508 Städte, Kreise und Gemeinden, nicht nur in Schleswig-Holstein. Um das zu lösen,
7509 müssen Bund, Land und Kommunen gemeinsam anpacken.

7510 Von den Mitteln aus dem Infrastrukturvermögen des Bundes hat die Landesregierung
7511 den größten Anteil für Schleswig-Holstein bürokratiearm an unsere Kommunen
7512 weitergegeben. Insgesamt unterstützt das Land Investitionen in unseren Kommunen
7513 mit über 70 Prozent dieser Mittel. Das reicht allerdings nicht aus, um die
7514 strukturellen Probleme unserer Kommunen zu beheben. Besonders die hohen
7515 Sozialausgaben belasten auch die kommunalen Haushalte. Dafür sind weder die
7516 Kommunen noch das Land verantwortlich, sondern der Bund. Wir GRÜNE fordern
7517 deshalb dauerhafte Lösungen auf Bundesebene: Das Konnexitätsprinzip muss auch
7518 für den Bund gelten. Wer Aufgaben vorgibt, muss für die Kosten aufkommen –
7519 besonders dann, wenn sie stark steigen. Ebenso muss sich der Bund stärker an der
7520 Übernahme der Altschulden beteiligen. Wir fordern, endlich einen bundesweiten
7521 Altschuldentilgungsfonds für Kommunen einzurichten. Dabei sollten wir die
7522 Schuldenstände von Kommunen und Ländern gemeinsam betrachten, weil es sonst
7523 bundesweit zu starken Verzerrungen und zu einer Benachteiligung der Kommunen in
7524 Schleswig-Holstein käme.

7525 Auf Landesebene hat die Landesregierung angesichts der schwierigen Haushaltslage
7526 der Kommunen die Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung bereits
7527 flexibilisiert. Diesen Weg setzen wir gemeinsam mit den Kommunen fort und
7528 entwickeln praxistaugliche, an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Lösungen – etwa
7529 das Modell der kommunalen Konzernfinanzierung.

7530 Mit Landesbürgschaften unterstützt das Land bereits Kommunen und ihre
7531 Unternehmen bei der Wärmewende. Mit innovativen Finanzierungsinstrumenten – etwa
7532 einer Fondslösung, die zusätzliches externes Eigenkapital für die Wärmewende
7533 erschließt – erweitern wir den finanziellen Spielraum der Kommunen noch mehr.

7534 Bei der Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2028 setzen wir uns
7535 dafür ein, Anreize zu schaffen, die Natur- und Klimaschutz stärker
7536 berücksichtigen.

7537 Wir wollen unsere Kommunen auch bei der Komplexität ihrer Aufgaben entlasten und
7538 entbürokratisieren gemeinsam mit ihnen weiter. Wo wir Regelungen streichen
7539 können, vereinfachen wir Verfahren, achten dabei aber darauf, Umweltstandards
7540 nicht ungeprüft aufzuweichen.

7541 Wir wollen deshalb Aufgaben, die Bund und Land an die kommunale Ebene übertragen
7542 haben, regelmäßig überprüfen und konsequent vereinfachen. Bund und Land stehen
7543 dabei jeweils in der Verantwortung, Verwaltungsverfahren zu verschlanken,
7544 aufwendige Einzelfallprüfungen dort zurückzunehmen, wo sie keinen erkennbaren
7545 fachlichen Mehrwert bringen, und Dokumentations- sowie Nachweispflichten auf das
7546 Notwendige zu begrenzen. Materielle Schutzstandards für Umwelt, Soziales,
7547 Teilhabe und öffentliche Sicherheit stehen dabei für uns nicht zur Disposition;
7548 es geht uns vielmehr darum, Verfahren einfacher zu machen, nicht den Schutz von
7549 Menschen und Natur abzusenken. Einheitlichere und besser aufeinander abgestimmte
7550 Verfahren schaffen Planungssicherheit für die Kommunen und entlasten die
7551 Beschäftigten in den Rathäusern und Kreisverwaltungen spürbar. Unser Ziel ist
7552 eine schlanke und handlungsfähige Kommunalverwaltung, die ihre Kräfte dort

7553 einsetzen kann, wo wir sie wirklich brauchen: bei den Menschen in Schleswig-
7554 Holstein.

7555 3.3.2 Für gerechte Steuern und entschieden gegen 7556 Finanzkriminalität

7557 3.3.2.1 Gerechte Steuerpolitik

7558 Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt – und die Kluft wächst
7559 weiter. Wenige besitzen sehr viel, während viele mit deutlich weniger auskommen
7560 müssen. Diese Entwicklung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
7561 untergräbt das Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Demokratie. Deshalb setzen
7562 wir uns für ein faires Steuersystem ein, das alle angemessen beteiligt. Steuern
7563 finanzieren Schulen, Bus und Bahn, die Polizei und vieles mehr – und sichern die
7564 Handlungsfähigkeit von Land, Kreisen, Städten und Gemeinden, damit sie
7565 Leistungen für alle Bürger*innen bereitstellen können. Wir GRÜNE sind überzeugt:
7566 Alle müssen ihren fairen Beitrag leisten. Steuergesetze macht der Bund – im
7567 Bundesrat setzen wir uns dafür ein, dass sie gerechter werden. Unser Ziel ist
7568 ein Steuersystem, das alle verstehen können und das fair funktioniert. Heute
7569 gilt oft: Wir besteuern Arbeit stark, große Vermögen dagegen wenig. Das ist
7570 nicht gerecht. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen sowie Familien entlasten
7571 – und sehr hohe Vermögen stärker zum Gemeinwohl beitragen lassen. Deshalb setzen
7572 wir uns dafür ein, Gerechtigkeitslücken zu schließen, zum Beispiel bei der
7573 Erbschaftsteuer auf große Unternehmens- und Immobilienvermögen;
7574 Steuerschlupflöcher, vor allem bei der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer, gehen
7575 wir konsequent an. Steuervorteile darf es nur geben, wenn sie einen echten
7576 Nutzen für die Gesellschaft haben – etwa wenn sie Arbeitsplätze erhalten. Für
7577 neu geschlossene Ehen reformieren wir das Ehegattensplitting. Wir setzen auf
7578 eine Familienbesteuerung, die sich an der tatsächlichen finanziellen
7579 Verantwortung für Kinder ausrichtet und negative Effekte auf die
7580 Erwerbstätigkeit von Frauen beendet. Außerdem setzen wir uns dafür ein,
7581 besonders große Vermögen und aus ihnen resultierende Kapitalerträge fair zu
7582 besteuern. Als GRÜNE stehen wir für eine Steuerpolitik, die
7583 Verteilungsgerechtigkeit ernst nimmt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt
7584 stärkt. Besteuerung ist aber auch eine Frage, die über den Bund hinausgedacht
7585 werden muss. Wir wollen, dass die globale Mindestbesteuerung für große Konzerne
7586 lückenlos umgesetzt wird. Damit die großen Tech-Konzerne einen stärkeren Beitrag
7587 leisten, setzen wir uns für eine europäische Digitalsteuer ein.

7588 Steuerbetrug und die Verschleierung illegaler Gelder dürfen sich nicht lohnen.
7589 Deshalb bekämpfen wir solche Straftaten auch künftig entschlossen. Mit dem
7590 Finanzamt für zentrale Prüfungsdienste hat Schleswig-Holstein eine
7591 schlagkräftige Einheit gegen Steuerbetrug. In den kommenden Jahren stärken wir
7592 Betriebsprüfungen und Steuerfahndung weiter. 2024 haben wir die Taskforce
7593 Geldwäsche gegründet und mit der „Koordinierungs- und Ermittlungseinheit
7594 Organisierte Kriminalität“ (KE OK) neue Maßstäbe gesetzt, indem wir die
7595 Zusammenarbeit von Polizei, Zoll, Justiz und Steuerverwaltung gestärkt haben. So
7596 bekämpfen wir Finanzkriminalität ebenso wie schwere Steuerstraftaten, Geldwäsche
7597 oder Terrorismusfinanzierung besser. Diese erfolgreiche Vernetzung bauen wir
7598 weiter aus. Damit sich Geldwäsche nicht lohnt, setzen wir uns auch für eine
7599 starke Bundesbehörde gegen Steuer- und Finanzkriminalität ein und kämpfen dafür,

7600 dass wir illegal erlangtes Vermögen leichter einziehen können, wenn niemand
7601 dessen rechtmäßige Herkunft plausibel nachweisen kann. Außerdem wollen wir
7602 illegale Steuergestaltungen wie Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte besonders im Blick
7603 behalten.

7604 3.3.2.2 Starke und moderne Finanzämter

7605 In Zeiten des Fachkräftemangels setzen wir auf attraktive Karrieremöglichkeiten
7606 und fördern den Quereinstieg in die Steuerverwaltung. Wir verbessern die
7607 Zusammenarbeit der Finanzämter im Land weiter und unterstützen sie mit modernen
7608 digitalen und KI-gestützten Verfahren. Für Bürger*innen machen wir die
7609 Steuererklärung einfacher und knüpfen an das erfolgreiche Projekt „Die Steuer
7610 macht das Amt“ an.